

Die zypriotische Hürde:

**Stand und Perspektiven des Zypernkonflikts und die
Implikationen für den EU-Beitrittsprozess der Türkei**

Hakan Akbulut

Arbeitspapier 70 / Juli 2013

**Die zypriotische Hürde:
Stand und Perspektiven des Zypernkonflikts und die
Implikationen für den EU-Beitrittsprozess der Türkei**

Hakan Akbulut

Arbeitspapier 70 / Juli 2013

Abstract

Für die Türkei, die seit den 1950er Jahren eine Aufnahme in die EU anstrebt, gilt es neben der Notwendigkeit, Verhandlungen in 35 Kapiteln zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen, zusätzlich noch die „zypriotische Hürde“ zu überwinden. Während ihr eigener Beitrittsprozess nur schleppend vorangeht und ein erfolgreicher Abschluss vorerst nicht abzusehen ist, wurde Zypern (de facto lediglich der griechische Teil) 2004 in die EU aufgenommen. Nachdem die Insel seit der türkischen Invasion im Sommer 1974 zwischen Inselgriechen und Inseltürken geteilt ist und die Türkei nach wie vor ca. 30.000 Soldaten auf der Insel stationiert hält, war zu erwarten, dass die griechisch-zypriotische Seite von nun an diesen Vorteil für sich zu nutzen wissen würde. Der Zypernkonflikt hatte eine neue Dimension angenommen. Dieses Papier resümiert den jahrzehntelangen Verhandlungsprozess auf der Insel, beleuchtet die Implikationen der EU-Aufnahme der Republik Zypern für die Wiedervereinigungsbemühungen sowie für die EU-Beitrittsambitionen der Türkei, skizziert neue Verwerfungslinien, die sich aufgrund der Erdöl- und Gasfunde im östlichen Mittelmeer ergeben, analysiert die aktuelle politische Lage auf der Insel und geht auf die Frage ein, ob mit einer baldigen Beilegung des Zypernkonflikts zu rechnen ist.

Keywords

Zypern, Türkei, EU, Wiedervereinigung, interkommunaler Konflikt

Author

Hakan Akbulut ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am **oiip** und Forschungsassistent am **VCDNP**. Seine Forschungsbereiche umfassen die türkische Außen- und Sicherheitspolitik, nukleare Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nonproliferation sowie den Zypernkonflikt.

Inhalt

Einleitung.....	4
Die unendliche Geschichte der Zypernverhandlungen.....	5
Zyperns Beitritt zur Europäischen Union und die Implikationen für den Konflikt sowie für die Beitrittsambitionen der Türkei.....	12
Die Energiefrage als neuer Zankapfel in den Beziehungen.....	19
Aktuelle Entwicklungen, abschließende Bewertung und Ausblick	25
Literatur	33

Einleitung

Einer der größten Stolpersteine auf dem Weg der Türkei in die EU ist offenbar die ungelöste Zypernfrage. Lange Zeit musste die Türkei mit dem Umstand leben, dass einer ihrer (einstigen) größten Widersacher, namentlich Griechenland, seinen Platz in der EU eingenommen hatte, und diesen strategischen Vorteil für sich zu nutzen wusste – so blockierte Griechenland z.B. jahrelang die Auszahlung von Finanzhilfen an die Türkei (vgl. *The Independent*, 25. März 1996). Wenngleich sich die Beziehungen zum Nachbar jenseits der Ägäis ab 1999 deutlich verbesserten und die Griechen ihre Strategie, die Türkei auf Distanz mit der Union zu halten, revidierten sowie eine Heranführung der Türkei an die EU als aussichtsreichere Lösungsstrategie identifizierten, mussten die Türken dennoch bald zur Kenntnis nehmen, dass ein weiterer Protagonist erneut den Vorzug erhalten und seinen Platz in der EU einnehmen würde: 2004 trat nämlich die international anerkannte Republik Zypern – also de facto der griechisch-zypriotische Teil der Mittelmeerinsel – der Union bei. Somit wurde die Lösung des Zypernproblems endgültig zu einem Beitrittskriterium für die Türkei.

Einen ersten Vorgeschmack darauf, wie schnell das Zypernproblem den Weg nach Brüssel blockieren könnte, bekamen die Türken bereits 2006, als die Union die Beitrittsverhandlungen in acht Kapiteln aussetzte, da sich die Türkei weigerte, ihre Häfen und Flugplätze im Einklang mit dem Zusatzprotokoll zur Zollunion für griechisch-zypriotische Schiffe und Flugzeuge zu öffnen. Des Weiteren dürfen keine Kapitel provisorisch geschlossen werden, solange die Türkei ihren Verpflichtungen aus diesem Zusatzprotokoll nicht nachgekommen ist. In anderen Kapiteln wurden und werden die Verhandlungen von griechischen Zyprioten und auch den Franzosen blockiert (vgl. *EurActiv*, 05. Januar 2010): Der ehemalige französische Präsident Nicolas Sarkozy war bekanntlich einer der Verfechter der Idee einer alternativen Partnerschaft mit der Türkei anstelle einer Vollmitgliedschaft. Er wollte deshalb Punkte, die nur für Vollmitglieder von Bedeutung sein könnten, nicht verhandelt wissen. Unter seinem Nachfolger im Amt François Hollande wurde diese Blockadehaltung jedoch teilweise revidiert und vorerst das Veto gegen Verhandlungen über das Kapitel „Regionalpolitik, Koordinierung der strukturellen Instrumente“ aufgehoben, sodass diese Ende Juni 2013 starten werden (siehe dazu weiter unten).

Insgesamt ändert jedoch auch der Umstand, dass seit der spanischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2010 erstmals wieder ein Verhandlungskapitel eröffnet werden wird, nichts an der Tatsache, dass der türkische Beitrittsprozess nur schleppend vorangeht und ohne eine Einigung auf der Insel Zypern keine Aussichten auf einen erfolgreichen Abschluss hat. Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, dass eine Lösung der Zypernfrage für die Union keinen hinreichenden Grund für die Aufnahme der Türkei darstellt, zumal die Verhandlungen mit einem „offenen Ende“ geführt und Länder wie Österreich letztlich die Bevölkerung über die Frage einer türkischen Mitgliedschaft abstimmen lassen werden.

Die Türkei muss also mehrere Hürden nehmen, bevor die Brüsseler Zielgerade (wenn überhaupt) passiert werden kann. Dieses Papier greift die „zyprische Hürde“¹ heraus, erhebt den aktuellen Stand der Wiedervereinigungsbemühungen auf der Mittelmeerinsel, analysiert die Implikationen des Disputs für die Beziehungen zwischen der EU, Zypern und der Türkei, und beleuchtet in diesem Rahmen die Probleme, die sich aufgrund der Bemühungen, Erdöl und -gas im Mittelmeer zu fördern, ergeben.

Die unendliche Geschichte der Zypernverhandlungen

Die Teilung der Mittelmeerinsel unter den griechischen und türkischen Zyprioten nahm 1963 ihren Anfang, nach dem sich die Türken aus Protest gegen die Bemühungen des ersten Präsidenten der Insel, Erzbischof Makarios III, die in den Gründungsverträgen des zypriotischen Staates (1959) verankerten Rechte der Inseltürken zu beschneiden, aus der Regierung, dem Parlament und der Verwaltung zurückzogen. Kurz darauf brachen bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen beiden Volksgruppen aus, wobei sich die Mehrheit der Inseltürken in bewaffnete Enklaven zurückzog. 1964 wurden UNO-Blauhelme auf die Insel beordert. Die Türkei, die bereits 1964 und 1967 mit einer Entsendung türkischer Truppen auf die Insel gedroht hatte, sollte diese Drohung im Sommer 1974 unter Berufung auf den Garantievertrag aus dem Jahr 1959 tatsächlich umsetzen und 36% des Territoriums erobern, als es auf der Insel zu einem von der Militärjunta in Athen dirigierten Putsch kam

¹ Zuletzt hat der türkische Minister für die EU, Egemen Bağış, Zypern als das größte Hindernis auf dem Weg der Türkei in die EU bezeichnet. Er hielt fest, dass die Türkei jede Lösung, die beide Seiten ausarbeiten würden, akzeptieren werde, diese Lösung jedoch auf dem Prinzip der politischen Gleichstellung beider Seiten aufbauen müsse. Die Türkei wolle ihre Soldaten auf keinen Fall nach einem erfolgten Abzug erneut auf die Insel senden müssen (vgl. *Anadolu News Agency*, 30. Mai 2013).

und Nikos Sampson, der den Ruf des „Türkenkillers“ hatte (vgl. Richter 2009, 5), als Präsident installiert wurde (vgl. Akbulut 2005, 31).

Die Bemühungen um eine Wiedervereinigung der Insel wurden kurze Zeit später aufgenommen. Bis dato hat es unzählige Anläufe zu einer Lösung der Zypernfrage unter der Ägide der UNO gegeben – bisher ohne Erfolg. Zwar wurde bereits 1977 Übereinkunft darüber erzielt, dass der künftige gemeinsame Staat bizonal und bikommunal organisiert sein sollte, doch zeigte sich in den darauffolgenden Jahren, dass beide Seiten diese beiden Attribute ganz unterschiedlich interpretierten. Bis heute konnten die Unterschiede in der Frage der Ausgestaltung dieser Prinzipien nicht überbrückt werden. Während aus der Sicht der griechischen Seite eine Föderation unter dem Dach der heute anerkannten Republik Zypern am Ende eines Wiedervereinigungsprozesses stehen sollte, wobei wichtige Kompetenzen beim Bund zu verankern wären, sollte ein künftiger gemeinsamer Staat aus türkisch-zyprischer Perspektive einen losen Verband aus zwei politisch gleichberechtigten und weitgehend autonomen Entitäten darstellen. Darüber hinaus gilt es in den Verhandlungen u.a. die Eigentumsfrage² zu lösen sowie – in diesem Zusammenhang – auch eine Einigung über territoriale Modifikationen zu erzielen. Des Weiteren sind der künftige Status von Einwanderern aus dem türkischen Festland zu klären und die Frage über die künftige Rolle der Türkei als Garantiemacht³ (einschließlich der Truppenfrage) einer Lösung zuzuführen.

In den 1980er und 1990er Jahren kam man auf Zypern einer Wiedervereinigung keinen Schritt näher. Ganz im Gegenteil wurde die Trennung mit der Ausrufung der Türkischen Republik Nordzypern (TRNZ) 1983 weiter forciert, während Unruhen entlang der Pufferzone

² Der Anteil griechisch-zyprischen Eigentums im türkischen Teil wird auf ca. 78,5% geschätzt, während umgekehrt – wiederum schätzungsweise – rund 14% des Eigentums im griechischen Teil türkischen Zyprioten gehören soll (vgl. ICG 2009, 14). Es gilt zu berücksichtigen, dass beide Seiten unterschiedliche Lösungsansätze bevorzugen. Die griechische Seite vertritt die Position, dass die betroffenen Zyprioten selbst entscheiden sollten, ob sie eine Rückgabe, einen Tausch oder eine finanzielle Entschädigung vorziehen. Um die Aufrechterhaltung der Bikommunalität besorgt, präferiert die türkische Seite jedoch einen Ausgleich über Entschädigungszahlung und verlangt, dass eine Rückgabe des Eigentums direkt an die griechischen Eigentümer gedeckelt werden sollte, was von der griechisch-zyprischen Seite abgelehnt wird.

³ Die Republik Zypern stellte bei ihrer Gründung einen mehr oder minder semi-souveränen Staat dar, da Großbritannien, Griechenland und die Türkei als Garantiemächte etabliert wurden. Diese drei Länder sollten die Aufrechterhaltung des neu geschaffenen Status quo auf der Insel garantieren. Sollte aber die mit den Gründungsverträgen geschaffene Verfassungsordnung missachtet bzw. einseitig geändert werden, so sollten sie, wenn möglich, gemeinsam, wenn nicht, unilateral intervenieren, um den Status quo ante wiederherzustellen (Varvaroussis 1979, 35). Darüber hinaus wurde mit den Verträgen Griechenland und der Türkei die Stationierung von jeweils 950 bzw. 650 Soldaten auf der Insel ermöglicht, während Großbritannien weiterhin zwei Militärbasen auf Zypern unterhalten durfte.

sowie griechisch-zypriotische Pläne, S-300 Raketen von Russland zu beziehen, Mitte der 1990er Jahre zu zusätzlichen Spannungen führten. Positive Entwicklungen waren erst nach der Jahrtausendwende zu verzeichnen.

Besonders 2004 schien man einer endgültigen Lösung des Zypernproblems sehr nahe zu sein. Der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan hatte bereits 2002 einen Plan zur Wiedervereinigung vorgelegt (vgl. Axt 2003, 69-70). Dieser sah (in seiner Endfassung) die Gründung einer Vereinigten Republik Zypern bestehend aus zwei Teilstaaten mit weitreichender Autonomie vor. Die Kompetenzen zwischen dem Gesamtstaat und den Teilstaaten sollten klar aufgeteilt sein, wobei es neben der gemeinsamen zypriotischen Staatsbürgerschaft auch „Substaatsbürgerschaften“ der einzelnen Teilstaaten geben sollte. Gewisse Rechte wie die Niederlassungsfreiheit würden sich sodann an diesen Substaatsbürgerschaften orientieren. Während der neue Staat lediglich Polizeikräfte unterhalten sollte, sollten die Türkei und Griechenland nach wie vor Truppen auf der Insel stationieren dürfen. Der türkische Anteil am Land sollte von 36% auf 28,5% reduziert werden. Darüber hinaus beinhaltete der Plan eine Roadmap, wonach eine Vereinbarung bis Februar 2003 unterschrieben und im März 2003 in separaten Referenden den Inselgriechen und –türken zur Abstimmung vorgelegt werden sollte.

Die Vertreter beider Volksgruppen konnten sich nicht auf die ersten Versionen des Plans einigen und die im Jahr 2002 wieder aufgenommenen direkten Gespräche scheiterten im März 2003 erneut (vgl. Akbulut 2005, 33). Vor allem aufgrund des bevorstehenden EU-Beitritts des griechischen Teils war Ankara an einer Wiederaufnahme der Verhandlungen sehr interessiert. Deshalb bat Erdoğan den UN-Generalsekretär Annan, einen erneuten Anlauf zu nehmen und sicherte ihm die Unterstützung der Türkei zu. Auch machte sich unter der türkischen Bevölkerung in Nordzypern Unmut über die fehlende Kompromissbereitschaft des langjährigen lokalen Führers Denktaş breit. Bereits 2002 waren 60.000 Menschen auf die Straße gegangen. Sie verlangten von der politischen Führung, rechtzeitig eine Einigung zu erzielen, um gemeinsam mit den Inselgriechen der EU beitreten zu können (vgl. Axt 2009, 60). Viele waren in der Zwischenzeit auch dank der Aufhebung der Reisebeschränkung im Jahr 2003 in den Süden gefahren und dort einen Ausweis bzw. Pass der Republik Zypern beantragt und erhalten.

Schließlich wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen und die Parteien einigten sich auf einen Fahrplan. Es verhandelten zuerst die Vertreter der beiden Volksgruppen. Als sie keine Einigung erzielen konnten, kamen Griechenland und die Türkei dazu. Auch in diesen Verhandlungen konnten nicht alle Punkte geklärt werden. Es war vereinbart worden, dass in solch einem Fall der UN-Generalsekretär die fehlenden Punkte ausformulieren sollte. So legte Annan schließlich eine mehrmals revidierte Version seines Plans vor, die von den Türken akzeptiert, von der griechisch-zypriotischen Führung jedoch abgelehnt wurde. Im Einklang mit dem zuvor festgelegten Ablauf wurde der Plan dennoch am 24. April 2004 beiden Volksgruppen in separaten Referenden zur Abstimmung vorgelegt. Während 65% der türkischen Zyprioten den Plan befürworteten, lehnten 76% der Inselgriechen diesen ab.

Aus griechischer Perspektive trug der Plan in erster Linie den türkischen Interessen Rechnung. Unter anderen waren die Beibehaltung des Garantievertrages, die (zumindest vorerst) weitere Stationierung von ausländischen Truppen auf Zypern sowie der Umstand, dass die Zuwanderer aus der Türkei an der Abstimmung teilnehmen durften, jene Punkte, die bei den Inselgriechen auf Ablehnung stießen (vgl. dazu Evriviades 2005, 6; Melakopides 2006, 85-86; Axt 2009, 57). Auch die Regelung der Eigentumsfrage sowie der vorgeschlagene Entschädigungsmechanismus waren für viele Inselgriechen inakzeptabel. Hinzu kam, dass viele befürchteten, dass sich die neue Verfassungsordnung als impraktikabel erweisen würde und die türkischen Zyprioten diesen Umstand zu einem späteren Zeitpunkt als Vorwand für eine neuerliche Trennung ausnutzen würden, wobei sie im Gegensatz zur derzeitigen Lage tatsächlich von der internationalen Gemeinschaft anerkannt werden könnten. Auf der anderen Seite verbanden die türkischen Zyprioten mit dem Plan die Hoffnung, gemeinsam mit den Inselgriechen der EU beizutreten und sich aus der internationalen Isolation zu befreien – wie oben festgehalten, ging dieser Wunsch mit dem negativen Votum im griechischen Teil nicht in Erfüllung.

Wenngleich die Enttäuschung unter den Türken groß war und sich der griechisch-zypriotische Präsident Papadopoulos offen gegen den Plan ausgesprochen hatte, nahmen beide Seiten die Verhandlungen zwei Jahre später wieder auf. Der 2005 neu gewählte Mehmet Ali Talat und Papadopoulos konstatierten, dass der Status quo für beide Seiten

untragbar sei, einigten sich auf einen Prinzipienkatalog und vereinbarten die Bildung von Arbeitsgruppen und technischen Komitees, die bei der Suche nach einer Beendigung der Teilung sowie nach Antworten auf die Alltagsprobleme der Zyprioten behilflich sein sollten. Jedoch brachten dutzende Treffen zwischen den Vertretern beider Präsidenten keine wesentlichen Fortschritte (vgl. ICG 2009, 2).

Mit den Präsidentschaftswahlen 2008 im griechischen Teil wurde Papadopoulos von Dimitris Christofias abgelöst. Nun saßen zwei als moderat geltende Politiker am Tisch, was Anlass zur Hoffnung auf einen Durchbruch in der Zypernfrage bot. Bei ihrem Treffen im März 2008 einigten Christofias und Talat sich darauf, die zuvor zwischen Papadopoulos und Talat vereinbarten Arbeitsgruppen und Komitees einzurichten (vgl. *TurkishPress.com*, 3. Januar 2010). Die Arbeitsgruppen wurden damit beauftragt, sich mit den Themenfeldern Staatsstruktur und Kompetenzteilung, EU Angelegenheiten, Wirtschaft, Eigentum, Territorium sowie Sicherheit und Garantien auseinanderzusetzen (vgl. auch Morelli 2011, 3). Den technischen Komitees wurde hingegen aufgetragen, sich mit Themen wie Kriminalität, Kultur, Krisenmanagement, Gesundheit (etc.) zu befassen. Noch bevor die direkten Verhandlungen im September 2008 begonnen hatten, erzielten Christofias und Talat auch eine Einigung über die Ausgestaltung des Staatsmodells in einem geeinten Zypern bzw. bestätigten bereits vereinbarte Parameter. So verständigten sie sich darauf, am Ziel eines bizonalen und bikommunalen Zyperns festzuhalten (vgl. Axt 2009, 61). Die Teilstaaten sollten nach ihrer Übereinkunft politisch gleichgestellt sein, während allein der Gesamtstaat Souveränität besitzen sollte. Vom Prinzip der Substaatsbürgerschaften wurde abgegangen, womit das Ziel einer einzigen Staatsbürgerschaft definiert festgelegt war (vgl. auch Kaymak/Faustmann 2009, 930).

Als problematisch bzw. hinderlich erwiesen sich einmal mehr die Fragen betreffend Eigentum, Territorium und Sicherheit/Garantien (siehe auch Axt 2009, 61). In den Themenfeldern EU, Wirtschaft sowie Staatsstruktur sollen nach Angaben von Talat und Christofias bescheidene Fortschritte erzielt worden sein (vgl. Morelli 2011, 6). So soll z.B. Christofias einer rotierenden Präsidentschaft sowie dem Verbleib von 50.000 Siedlern aus dem türkischen Festland zugestimmt haben, was ihm innenpolitischen Ärger bescherte. Aus Protest verließ die Sozialdemokratische Partei Zyperns (EDEK) sogar die Regierung (vgl. *Kıbrıs*

Gazetesi, 10. Februar 2010). Am Ende blieben auch diesmal die Hoffnungen unerfüllt. Trotz dutzender Treffen gelang es dem als moderat geltenden Freundespaar Christofias-Talat nicht einen Durchbruch zu erzielen.

Talat sollte bei den nächsten Wahlen im türkischen Teil abgewählt werden, wohl auch deshalb, weil er weder eine Wiedervereinigung noch eine Beendigung der Isolation des türkischen Teils herbeiführen konnte (vgl. Morelli 2013, 6). Nun war auf türkischer Seite mit Eroğlu wieder ein Politiker an der Macht, der nach in den Medien kolportierten Aussagen eine ausverhandelte Zweistaatenlösung einer Wiedervereinigung vorzog, seinem Vorgänger Talat vorwarf, zu viele Zugeständnisse gemacht zu haben, und die Position vertrat, dass alle Punkte erneut zum Gegenstand von „Diskussionen“ gemacht werden müssten (vgl. *Kıbrıs Gazetesi*, 11. Januar 2010; *Radikal*, 23. April 2010). Nichtsdestotrotz kündigte er an, die Verhandlungen an dem Punkt fortführen zu wollen, wosein Vorgänger und Christofias aufgehört hatten. Letzteres lag auch im Interesse Ankaras (*Famagusta Gazette*, 03. Februar 2010; Morelli 2011, 8).

Im Mai 2010 wurden die Verhandlungen schließlich wiederaufgenommen. Christofias und Eroğlu widmeten sich der schwierigen Frage des Eigentums, während sich ihre Vertreter mit den anderen Punkten auseinandersetzten (vgl. Morelli 2013, 8). Eine nennenswerte Annäherung blieb jedoch aus, was nicht nur die beiden Parteien, sondern auch die UN frustrierte. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon unternahm schließlich im Juli 2011 einen erneuten Versuch, um die Gespräche in Gang zu bringen, und gab den Zyprioten einen Fahrplan vor. In einer intensivierten Verhandlungsphase bis zum nächsten Treffen mit dem UN-Generalsekretär im Oktober 2011 sollten die Kernfragen gelöst werden (*Cyprus Mail*, 8. Juli 2011; *Hürriyet Daily News*, 25. Juli 2011). Dem sollte eine von Ban einberufene multilaterale Konferenz zur Lösung von Sicherheitsfragen und abschließend ein Referendum über das erzielte Ergebnis im Frühjahr 2012 folgen (Morelli 2011, 9). So sollte nach den Vorstellungen von Ban eine Wiedervereinigung noch vor einer Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch die Republik Zypern im zweiten Halbjahr 2012 realisiert werden.

Der Umstand, dass der UN-Generalsekretär sich nun stärker einbrachte und dies von den griechischen Zyprioten akzeptiert wurde, war – seit dem Scheitern des Annan Plans – ein

Novum in den Verhandlungen. Denn die griechische Seite wollte (aufgrund von früheren Erfahrungen) einen „rein zypriotischen Prozess“ und sprach sich gegen jede Einmischung von außen aus. Die UN durfte in den Verhandlungen daher keine Vermittlerrolle übernehmen, sondern lediglich unterstützend zur Seite stehen. Vor allem wollte man keine Fristen, die von Außenstehenden vorgeschrieben wurden. Es ist anzunehmen, dass die Warnungen von Ban, wonach die Verhandlungen nicht ewig weitergeführt werden und die UN ihre Good-Offices-Mission beenden und ihre Truppen abziehen könnte, Wirkung gezeigt haben könnten.

Trotz der von Ban verordneten Intensivierung der Gespräche, war der Kontext vor dem die Verhandlungen stattfinden sollten nicht gerade vielversprechend bzw. förderlich. Christofias, der bereits einen Koalitionspartner verloren hatte, geriet innenpolitisch immer mehr unter Druck. Im Juli 2011 löste Munition, die auf dem Weg aus dem Iran nach Syrien abgefangen und scheinbar trotz Warnungen ohne Schutz vor Sonneneinstrahlung gelagert worden war, eine Explosion auf dem Marinestützpunkt Mari aus (*Aljazeera*, 29. Juli 2011). Die Wucht der Explosion riss 13 Menschen in den Tod, zerstörte das größte Elektrizitätswerk des Landes, und zwang die griechischen Zyprioten somit zum Kauf von Strom von der türkischen Seite. Dies verschärfte die wirtschaftliche Krise, in der sich das Land bereits befand. Im August 2011 verlor Christofias zudem seinen zweiten Koalitionspartner DIKO (Demokratische Partei), der hierfür – ähnlich wie die EDEK – die vermeintlichen Konzessionen von Christofias an die zypriotischen Türken als Grund vorgab. Auf der anderen Seite verschärfte die Türkei den Ton gegenüber den griechischen Zyprioten. Premier Erdoğan stellte im Rahmen des Annan-Plans gemachte Zusagen, wie die Rückgabe von Güzelyurt/Morphou oder auch den endgültigen Abzug der türkischen Truppen, in Frage (*CNN Türk*, 19. Juli 2011). Außerdem kündigte die Türkei an, den Dialog mit der EU-Ratspräsidentschaft bei Übernahme dieser durch die griechischen Zyprioten im Juli 2012 einzufrieren – was sie auch tat. Letztendlich führten Streitigkeiten über die Abgrenzung von ausschließlichen Wirtschaftszonen sowie über die Vergabe von Explorationslizenzen für die Suche nach Gasvorkommen im Mittelmeer (siehe dazu weiter unten) zu zusätzlichen Spannungen.

Wenig überraschend konnten beide Seiten letztendlich keine Einigung in den Kernfragen erzielen und den von Ban Ki Moon vorgegebenen Fahrplan nicht einhalten. Morelli (2013, 15-8) führt an, dass z.B. die Frage, ob die Wiedervereinigung unter dem Dach der heutigen

Republik Zypern erfolgen oder ob ein gänzlich neuer Staat aus dem Zusammenschluss der beiden Teilstaaten hervorgehen sollte, nicht geklärt werden konnte. Ähnlich konnten sich beide Seiten nicht auf die Regelungen betreffend die Wahl und die Besetzung des Präsidentenamtes einigen.⁴ In den heiklen Punkten Eigentum und Territorium blieben die Differenzen ohnehin bestehen, so auch in der Frage, wie viele Festlandtürken auf der Insel verbleiben dürfen. Im April 2012 forderten die türkischen Zyprioten, dass die Verhandlungen für die Dauer der EU-Ratspräsidentschaft der EU ausgesetzt werden sollten (Morelli 2013, 13-14). Ein paar Wochen später wurde bekannt, dass die UN die Sicherheitskonferenz nicht einberufen und für die „unfruchtbaren“ („unproductive“) Verhandlungen zwischen den beiden Volksgruppen vorerst nicht mehr zur Verfügung stehen werde (vgl. ebd.). Diese würden erst dann wieder von der UN einberufen werden, „when there was a clear indication that both sides had something substantial to conclude“ (zitiert in ebd., 14).

Eine Aufnahme der Gespräche Anfang 2013 erwies sich auch aufgrund der Präsidentschaftswahlen im Februar 2013 in der Republik Zypern sowie der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise, in die das Land geschlittert war, als unmöglich (siehe dazu weiter unten). So werden die Verhandlungen aller Voraussicht nach erst im Herbst 2013 wiederaufgenommen werden können.

Zyperns Beitritt zur Europäischen Union und die Implikationen für den Konflikt sowie für die Beitrittsambitionen der Türkei

Während die EU-Beitrittsbestrebungen der Türkei in die 1950er Jahre zurückgehen und ihr Beitrittsgesuch (in die damalige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, EWG) von 1987 negativ beantwortet wurde, brachte die Republik Zypern erst 1990 einen Antrag auf eine Vollmitgliedschaft ein. Dabei genoss sie Schützenhilfe aus Athen. So machte Griechenland ihre Zustimmung zum Abschluss einer Zollunion mit der Türkei davon abhängig, dass Beitrittsverhandlungen mit den griechischen Zyprioten aufgenommen würden (Axt 1995, 259; Riemer 2000, 88; Kaminaris 1999). Auch die Türkei stand zu diesem Zeitpunkt diesem „Kuhhandel“ positiv gegenüber – wohl auch deshalb, da man annahm, dass mit der Verwirklichung der Zollunion die Vollmitgliedschaft näher rücken würde.

⁴ Es geht hierbei z.B. um die Frage, ob das Amt des Präsidenten unter den griechischen und türkischen Zyprioten rotieren soll und ob beide Volksgruppen getrennt oder gemeinsam abstimmen sollten.

Im Dezember 1997 kam es jedoch zu einem Showdown zwischen der Union und der Türkei. Der Republik Zypern wurde gemeinsam mit 10 mittel- und osteuropäischen Ländern der Status des Beitrittskandidaten zugesprochen, während der Türkei lediglich bescheinigt wurde, dass sie für eine Mitgliedschaft in Frage käme. Den Status eines Beitrittskandidaten erhielt sie nicht, sondern sollte lediglich an die Union „herangeführt“ werden – so z.B. mit Hilfe einer „Europa-Konferenz“. Die Türkei zeigte sich empört und schloss eine Teilnahme an dieser Konferenz aus. Zudem verkündete der damalige Premier Mesut Yılmaz, dass die Türkei den politischen Dialog mit der Union einfrieren werde. Die kurz darauf erfolgte Ankündigung, die Türkei werde ihr Beitrittsgesuch zurückziehen (*Hürriyet*, 18. Dezember 1997), sollte ihr auf dem nächsten Gipfel der Kandidatenstatus nicht verliehen werden, wurde aber nicht realisiert.

Indes erklärte der Präsident der TRNZ, Rauf Denktaş, die Gespräche zwischen den beiden Volksgruppen für beendet. Die Idee einer Föderation sei angesichts des Umstandes, dass die EU Verhandlungen mit der Republik Zypern aufnehme, nun kein Thema mehr, fügte Denktaş hinzu (vgl. *Hürriyet*, 16. Dezember 1997). Er hielt fest, dass erst dann wieder verhandelt werden könne, sobald die griechischen Zyprioten die Existenz eines gleichberechtigten Staates im Norden anerkannt haben. In Reaktion auf die Beschlüsse des Luxemburger Gipfels kündigten die Türkei und die Nordzyprioten darüber hinaus an, die Integration zwischen den beiden Seiten zu forcieren, und gründeten zu diesem Zweck auch einen „Assoziierungsrat“ (siehe auch Kramer 2000, 178). Die türkische Seite befürchtete damals, dass die Aufnahme der griechischen Zyprioten in die EU dazu führen würde, dass diese am Verhandlungstisch keine Kompromisse mehr eingehen würden. Dies wiederum würde eine Wiedervereinigung verunmöglichen.

Dass die Perspektive eines EU-Beitritts die Bemühungen um eine Wiedervereinigung auf Zypern forcieren würde und die Zyprioten erst nach einer Einigung in die Union aufgenommen werden sollten, war bis 1999 auch der Standpunkt der EU. Noch 1998 hatten zum Beispiel Länder wie Frankreich, Deutschland, Italien und die Niederlande diese Position vertreten (McDonald 2001, 133). Doch ein Jahr später sollte sich dies angesichts der Ankündigung aus Athen, man werde die gesamte Osterweiterung blockieren, sollte Zypern nicht in der ersten Erweiterungsrunde dabei sein, ändern. Dass die Lösung des Konflikts

nunmehr kein Aufnahmekriterium für die Republik Zypern darstellte, wurde später vom damaligen Erweiterungskommissar Günter Verheugen in einem Interview mit *Deutschlandfunk* (26. April 2004) bestätigt:

Die Zypern-Frage hatte ja eine große Bedeutung für die ganze Osterweiterung, weil die Ausgangslage außerordentlich ungünstig war. Im Jahre 1999 war die Lage so, dass Griechenland gesagt hatte, es wird keine Erweiterung geben, ohne dass Zypern in der ersten Runde dabei ist, und viele Mitglieder hatten gesagt, es wird aber keine Mitgliedschaft von Zypern geben, ohne dass die Zypern-Frage gelöst ist. Mit anderen Worten: die Zukunft von 110 Millionen Menschen in Ost- und Mitteleuropa lag in den Händen von Herrn Denktasch, und deshalb musste das geändert werden. Es gab keinen anderen Weg, als die Zypern-Frage abzukoppeln von der Erweiterung insgesamt. Das ist geschehen, und im Grunde ist die Situation, die wir jetzt haben, bereits im Dezember 2002 eingetreten und seitdem bekannt.

Auf demselben Gipfel erhielt aber auch die Türkei den heiß ersehnten Kandidatenstatus. Gleichzeitig wurde ihr jedoch aufgetragen, die Probleme mit Griechenland⁵ bis 2004 einer Lösung zuzuführen. Sollte eine Lösung der Streitigkeiten bis zu diesem Zeitpunkt bilateral nicht möglich sein, so sollte der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag angerufen werden. Außerdem wurde die Türkei angehalten, den Wiedervereinigungsprozess auf Zypern zu unterstützen (Akbulut 2005, 23). Wenn auch die Gespräche zwischen der Türkei und Griechenland noch laufen und der Fall noch nicht vor den IGH gebracht worden ist, so lässt sich festhalten, dass die Beilegung territorialer Konflikte im Falle der Türkei sehr wohl ein Beitrittskriterium darstellen, während dies bei Griechenland und der Republik Zypern nicht der Fall gewesen war.

In den Jahren nach Helsinki versuchte die Türkei, den Beitrittsprozess der Republik Zypern mit Drohungen zu torpedieren. So ließ zum Beispiel Außenminister Cem wissen, man sei bereit, jedes Opfer zu erbringen, sollte die Republik Zypern in die EU aufgenommen werden (*Hürriyet*, 04. November 2001). Premier Ecevit wurde noch deutlicher und hielt fest, dass der Türkei zwei Optionen offenstünden, sollten die griechischen Zyprioten in die Union aufgenommen werden: Annexion Nordzyperns durch die Türkei oder eine TRNZ, die in ihren

⁵ Diese betreffen u.a. die Abgrenzung des Festlandssockels sowie der nationalen Luft- und Seeräume in der Ägäis sowie die Militarisierung mancher Insel durch Griechenland.

internen Angelegenheiten autonom agiere, in außen- und sicherheitspolitischen Belangen aber an die Türkei angebunden werde (*Milliyet*, 04. November 2001). Ecevit, der die türkischen Truppen 1974 auf die Insel beordert hatte, war nach eigenen Aussagen also nun bereit, die Perspektive einer Vollmitgliedschaft in der EU für die Causa TRNZ zu „opfern“.

Die Ecevit-Regierung wurde jedoch bei den Wahlen vom November 2002 von der AKP abgelöst. Die AKP-Führung zeigte sich zu weitreichenden Reformen in der Innen- sowie Außenpolitik des Landes bereit. Ein Anreiz zur Reform war auch von der EU geboten worden, da auf dem Gipfel von Kopenhagen im Dezember 2002 verlautbart wurde, dass man Beitrittsgespräche mit der Türkei aufnehmen werde, sollte die Kommission zwei Jahre später die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien durch die Türkei bescheinigen. Die Türkei vollzog nun eine Wende in der Zypernpolitik. Der UN-Generalsekretär wurde ermuntert, seine Vermittlungsbemühungen fortzuführen. Premier Erdoğan sicherte Kofi Annan jegliche Unterstützung zu. So stellte sich die türkische Regierung hinter den Annan-Plan und übte Druck auf den damaligen türkisch-zypriotischen Präsidenten Rauf Denktaş aus, diesen zu akzeptieren und den Friedensprozess zu unterstützen. Man arbeitete auf eine Lösung des Konfliktes noch vor einer Aufnahme Zyperns in die EU hin und hoffte, dass die türkischen Zyprioten somit gemeinsam mit den Inselgriechen der Union beitreten könnten. Nachdem der Annan-Plan aber von den griechischen Zyprioten abgelehnt wurde, kam eine Wiedervereinigung vor dem Beitrittstermin nicht zustande, womit allein der griechische Teil der Insel in die EU aufgenommen wurde.⁶

Der griechisch-zypriotische Präsident hatte sich zuvor gegen den Annan-Plan gestellt und die griechischen Zyprioten aufgerufen, gegen diesen zu stimmen. Dies sei nicht die letzte Chance zur Wiedervereinigung, machte er ihnen klar, und hielt fest, dass die Republik Zypern so oder so der EU beitreten werde. Unabhängig davon, welche Rolle die Haltung von Papadopoulos sowie seine Aussagen spielten, der damalige Erweiterungskommissar sollte später beklagen, von Papadopoulos getäuscht worden zu sein. Verheugen zeigte sich kurz vor dem

⁶ Der Norden stellt de jure EU-Territorium dar. Nachdem diese Gebiete von der offiziell anerkannten griechisch-zypriotischen Regierung nicht kontrolliert werden, wurde in diesem Teil der Insel das Gemeinschaftsrecht jedoch gemäß Protokoll 10 des Beitrittsvertrages ausgesetzt (vgl. European Commission o.J.). Die türkischen Zyprioten haben dennoch den Status des EU-Bürgers. Zu beachten ist auch, dass nach Öffnung der Grünen Linie im Jahre 2003, rund 100.000 Inseltürken einen griechisch-zypriotischen Ausweis und 50.000 einen Pass der Republik Zypern beantragt und erhalten haben (vgl. Bryant/Hatay o.J., 5).

Referendum wenig zuversichtlich, da Papadopoulos entgegen ursprünglicher Beteuerungen, alles für die Einigung zu tun, nun die Menschen aufforderte, gegen den Annan-Plan zu stimmen (vgl. *WirtschaftsWoche*, 21. April 2004). Später hielt Verheugen in einem Interview mit *Reuters* fest (04. Februar 2013), dass "[t]he understanding was quite clear when we gave Turkey candidate status in 1999 and even clearer when we concluded negotiations with Cyprus in 2002: the Greek Cypriots would not allow the peace plan to fail, and if it failed due to the Turkish Cypriots, then Cyprus could join [...] We came very close. The problem was that in the end, we didn't have any leverage over the Greek Cypriots any more since they knew they would join anyway".

Ob das Votum positiv gewesen wäre, hätte die griechisch-zyprische Führung den Annan-Plan befürwortet, ist eine andere Frage. Schließlich darf nicht vergessen werden, dass der Plan aus griechisch-zyprischer Perspektive (aus zuvor genannten Gründen) den türkischen Positionen näher war als den eigenen. Wie jedoch aus den oben zitierten Aussagen von Verheugen hervorgeht, hatte die Union mit der Entscheidung, Republik Zyperns Beitrittsantrag von der Frage der Wiedervereinigung abzukoppeln, ihr wirkungsvollstes Instrument zur Einflussnahme auf Kandidatenländer – nämlich die Konditionalität eines Beitritts – aus der Hand gegeben. Anstatt mit Hilfe der Mitgliedsperspektive zur Lösung eines Konfliktes beizutragen, wurde somit ein Konflikt in die Union importiert.

Wie eingangs festgehalten, hat das EU-Mitglied Republik Zypern die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nicht blockiert. Als die Türkei sich jedoch weigerte, den Geltungsbereich des Abkommens über die Zollunion auf die Republik Zypern auszudehnen, die sie diplomatisch nicht anerkennt, unterbreitete die EU Kommission dem Rat Ende November 2006 die Empfehlung, die Verhandlungen in acht der 35 Verhandlungskapitel auszusetzen (vgl. *Hürriyet*, 11. Dezember 2006).⁷ Um dem entgegen zu wirken schlug die Türkei vor, für einen Zeitraum von einem Jahr einen türkischen Hafen sowie einen Flughafen für südzyprische Schiffe und Flugzeuge zu öffnen. Im Gegenzug sollten nach türkischen Vorstellungen jedoch die Nordzypristen über den Hafen in Gazimağusa/Famagusta internationalen Handel betreiben können, während der Flughafen

⁷ Zuvor war die finnische Präsidentschaft mit ihrem Vorschlag, den direkten Handel über den Hafen von Gazimağusa/Famagusta unter EU-Kontrolle im Gegenzug zur Anwendung des Zusatzprotokolls durch die Türkei zuzulassen, an den zusätzlichen Forderungen der Beteiligten gescheitert (ICG 2011, 11).

Ercan/Tymbou im selben Zeitraum für internationale Flüge geöffnet werden sollte (vgl. *Hürriyet*, 09. Dezember 2006). In diesen zwölf Monaten sollte parallel auf eine endgültige Lösung des Zypernproblems hingearbeitet werden. Die Vorschläge wurden jedoch von der EU letztendlich als unzureichend abgelehnt.

Die Türkei verlangt für die Anwendung des Zusatzprotokolls auf die Republik Zypern, dass die EU, wie nach dem Referendum 2004 angekündigt, den Direkthandel mit den türkischen Zyprioten aufnimmt und ihre Isolation beendet. Ein direktes Handelsverhältnis, wie es bis zu einem Urteil der EuGH 1994 noch möglich war, wird jedoch von den Inselgriechen mit der Begründung, dies käme einer de facto Anerkennung der TRNZ gleich, abgelehnt (vgl. Kramer 2006, 4). Außerdem verweisen die griechischen Zyprioten auf den Umstand, dass die türkischen Zyprioten ihre Produkte gemäß der sog. „Green Line Regulation“ über griechisch-zypriotische Häfen und Flughäfen ungehindert in die Union liefern könnten (vgl. Brus et al. 2008; ICG 2011, 7). Dies ändert jedoch nichts daran, dass der Handel aufgrund von bürokratischen und administrativen Hürden sowie angesichts sozialen Drucks erschwert wird und somit weit unter dem Niveau der Ausfuhren vor dem Anastasiou-Urteil des EuGH⁸ im Jahr 1994 liegt (vgl. Ebd.).

Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, der u.a. dem EU-Parlament eine größere Rolle im Rahmen der Entscheidungsfindung in der Union einräumt, schien sich eine Möglichkeit für die Umgehung des südzyprischen Vetos gegen einen direkten Handel mit der TRNZ im EU-Rat zu ergeben. Da der Vertrag dem Parlament ein Mitentscheidungsrecht in Fragen des Außenhandels einräumt und die Kommission den Handel mit der TRNZ als solchen einstuft, wurde der Entwurf für die Direkthandelsverordnung (DHV) dem Parlament weitergeleitet (vgl. ICG 2011, 7). Für eine Annahme der Verordnung müssen sowohl das Europa Parlament als auch der Rat zustimmen, wobei für eine Entscheidungsfindung im Rat eine qualifizierte Mehrheit ausreichend ist (Arisan Eralp 2010, 4; Tocci 2010, 3). Der Entwurf landete jedoch auf Betreiben der griechischen Zyprioten hin beim Rechtsausschuss des Parlamentes, der zum Entschluss gelangte, dass die Materie der DHV nicht dem Handel mit Drittländern zuzuordnen und somit das Europaparlament in dieser Frage nicht zuständig sei.

⁸ Bis zu diesem Urteil konnten auch Produkte aus Nordzypern, in erster Linie Zitrusfrüchte, auf der Grundlage des Assoziationsabkommens mit der EU zu vergünstigten Preisen in die Union exportiert werden (Brus et al. 2008, 7, 28). Als diese Vergünstigungen mit diesem Urteil aufgehoben wurden, brach der Handel ein.

Die Republik Zypern hatte von Beginn an die Position vertreten, dass das Protokoll 10 des Beitrittsvertrages zwischen der Union und Zypern die rechtliche Grundlage für die DHV darstelle und in dieser Frage deshalb allein der Rat einstimmig entscheiden könne, wobei auch ein Befund des Rechtsdienstes des Rates den Südzyprioten in dieser Frage Recht gab (ebd.; Tocci 2010, 4).

Indes gab es zeitweise Bemühungen diverser EU-Ratspräsidentschaften, Formeln zu entwickeln, um auf der einen Seite die Türkei zur Anwendung des Zusatzprotokolls zu bewegen, und auf der anderen Seite den griechischen Zyprioten ihre Zustimmung zur DHV abzurufen. Die belgische Ratspräsidentschaft schlug etwa die Öffnung eines weiteren Verhandlungskapitels im Gegenzug zur Öffnung der türkischen Häfen und Flughäfen für griechisch-zypriotische Schiffe und Flugzeuge vor (ICG 2011, 5-6). Dies wurde von der Türkei abgelehnt, die an den Forderungen, dass die Union den direkten Handel mit den türkischen Zyprioten zulassen und der Flughafen Ercan im türkischen Teil für internationale Flüge geöffnet werden sollte, festhielt (vgl. auch *Today's Zaman*, 22. November 2010). Diese Forderungen waren für die griechisch-zypriotische Seite nicht hinnehmbar. Stattdessen schlugen die Inselgriechen vor, einem Direkthandel über den Hafen Gazimağusa/Famagusta unter der Kontrolle der EU zuzustimmen, sollten die Türken im Gegenzug den abgesperrten Stadtteil Maraş/Varosha zurückgeben (ICG 2011, 6). Dies lehnte wiederum die Türkei ab.

So bleibt die Entscheidung der EU, die Verhandlung in acht Kapiteln auszusetzen und die Verhandlungen in bereits geöffneten Kapiteln nicht abzuschließen, aufrecht. Hierbei handelt es sich um die Kapitel „Warenverkehr“, „Niederlassungsfreiheit und freier Dienstleistungsverkehr“, „Finanzdienstleistungen“, „Landwirtschaft und ländliche Entwicklung“, „Fischerei“, „Verkehr“, „Zollunion“ und „Außenbeziehungen“. Die Kapitel „Freizügigkeit der Arbeitnehmer“, „Energie“, „Judikative und Grundrechte“, „Justiz, Freiheit und Sicherheit“, „Bildung und Kultur“, „Außen-, Sicherheits-, und Verteidigungspolitik“ werden darüber hinaus von der Republik Zypern unilateral blockiert. Frankreich blockierte bis vor Kurzem die Kapitel „Wirtschaft- und Währungsunion“, „Regionalpolitik, Koordinierung der strukturellen Instrumente“, „Finanz- und Haushaltsvorschriften“, „Institutionen“ sowie das bereits aufgrund der Nichtanwendung des Zusatzprotokolls auf die Republik Zypern suspendierte Kapitel „Landwirtschaft und ländliche Entwicklung“. Das Veto gegen Verhandlungen über das Kapitel „Regionalpolitik, Koordinierung der strukturellen

Instrumente“ wurde jedoch – wie eingangs festgehalten – von Frankreich wieder aufgehoben.

Die Energiefrage als neuer Zankapfel in den Beziehungen

Während eine umfassende Lösung des Zypernkonflikts noch lange nicht in Sicht ist, hat sich dieser in den letzten Jahren auf den Bereich der Energie ausgedehnt und wurde somit um eine Facette reicher. Im Jahr 2007 kündigte die griechisch-zypriotische Regierung an, Lizenzen für die Suche nach Öl- und Gasreserven im Mittelmeer vergeben zu wollen (vgl. *IHS Global Insight* o.J.).⁹ Zu diesem Zweck hat die griechisch-zypriotische Regierung auch Vereinbarungen mit Ägypten, Syrien, und Israel über eine Abgrenzung ihrer ausschließlichen Wirtschaftszonen (EEZs) getroffen, was türkische Proteste nach sich zog.¹⁰ Die Problematik ergibt sich daraus, dass sich auf der einen Seite die Gebiete, auf die die Türkei und Republik Zypern Anspruch erheben, stellenweise überschneiden. Hinzu kommt, dass aus türkischer Perspektive die griechisch-zypriotische Regierung nicht über das Recht verfügt, Abkommen mit anderen Staaten im Alleingang abzuschließen und die natürlichen Ressourcen ohne die Beteiligung der Inseltürken auszuschöpfen (vgl. *Spiegel Online*, 22. Februar 2007; Skordas 2007).

Laut Medienberichten entsandte die Türkei sogar Kriegsschiffe in die Region bzw. ließ diese die Insel umkreisen, um ihren Forderungen Kraft zu verleihen (vgl. *Times Online*, 28. Februar 2007; Michaletos 2007). Wenn auch das türkische Militär bekräftigte, die Schiffe hätten sich auf einer Routinepatrouille befunden, so wurde die Türkei von griechisch-zypriotischer Seite dennoch als „der Pirat des Mittelmeeres“ bezeichnet (vgl. Ebd.). Die Republik Zypern rief 2008 zudem die UN an und beklagte sich darüber, dass die türkische Kriegsmarine ein norwegisches Forschungsschiff wiederholt bedrängt hätte (vgl. Kaymak/Faustmann 2009,

⁹ Im sog. Levante-Becke werden insgesamt 3.454 Mrd. m³ Gas und 1,7 Mrd. Barrel Öl vermutet. Diese Mengen entsprechen 2% der weltweit bestätigten Gasreserven und 0,1% der bestätigten Ölvorkommen (vgl. ICG 2012, 3).

¹⁰ Auch mit Libanon wurde ein Vertrag unterzeichnet. Libanon hat diesen jedoch noch nicht ratifiziert (*Cyprus Mail*, 3. August 2011). Die griechisch-zypriotische Seite zeigt sich an einer baldigen Abgrenzung der EEZs interessiert, um mögliche künftige Konflikte zu vermeiden (*The Daily Star Lebanon*, 05. April 2013). Zu diesem Zweck fuhr der zypriotisch-griechische Minister für Energiefragen, Giorgos Lakkotrypīs, im April 2013 in den Libanon, wo er sich nach Medienberichten auch um eine Lösung der Streitigkeiten zwischen dem Libanon und Israel in puncto EEZs bemüht haben soll (vgl. Ebd.). Der Libanon hatte schließlich 2011 eine Beschwerde bei der UNO eingebracht, wonach das Abkommen zwischen der Republik Zypern und Israel die Rechte des Libanons verletze (*Cyprus Mail*, 3. August 2011).

931). Die Türkei erwiderte, das Schiff hätte Sondierungen in Gebieten vorgenommen, auf die die Türkei einen Anspruch habe.

Die türkischen Drohgebärden hinderten die griechischen Zyprioten jedoch nicht daran, die US Firma *Noble Energy* mit der Suche nach Gasvorkommen im Mittelmeer zu beauftragen, wobei diese im Herbst 2011 mit den Sondierungsbohrungen begann. In Reaktion hierauf haben die Türkei und die TRNZ eine Abgrenzung des Kontinentalschelfs vorgenommen und der türkischen Erdölgesellschaft TPAO Lizenzen für die Suche nach Öl und Gas im Mittelmeer sowie im türkischen Teil der Insel erteilt. So wurde das türkische Forschungsschiff *Piri Reis* sogar in die Parzelle mit der Nummer 12, in der das Gasfeld Aphrodite liegt und die US Firma *Noble Engery* im Auftrag griechischer Zyprioten bohrt, entsandt, um dort seismische Untersuchungen durchzuführen. Der Präsident der TRNZ, Derviş Eroğlu, hatte demonstrativ festgehalten, dass *Piri Reis* von der türkischen Marine begleitet werden würde und die griechische Seite intervenieren und versuchen könne, sie (die türkische Seite) zu stoppen (*Kıbrıs Gazetesi*, 25. September 2011). Laut Seufert (2012, 3) reagierte hierauf Israel militärisch, nicht jedoch die griechischen Zyprioten: Das Schiff *Piri Reis* wurde von Flugzeugen der israelischen Luftwaffe bedrängt, die zugleich den Luftraum der TRNZ verletzten. Die Türkei schickte sodann eigene Flugzeuge in die Region. Dies war jedoch nicht die einzige Machtdemonstration im Mittelmeer. Der Besuch von Benjamin Netanyahu in Nikosia – der erste Besuch eines israelischen Premiers auf der Insel überhaupt – wurde von türkischen Seemanövern in der Parzelle 12, bei der auch scharfe Munition zum Einsatz kam, begleitet (vgl. Ebd.).

Diese Ereignisse spiegeln bereits die Annäherung zwischen Israel und Zypern sowie Griechenland wider. Mit dem Gaza-Krieg 2008 und der heftigen Kritik von Premier Erdoğan an Israel anlässlich des Weltwirtschaftsforums in Davos Anfang 2009 war es bereits zu einer deutlichen Abkühlung in den Beziehungen zwischen der Türkei und Israel gekommen. Im September 2009 wurde Israel von militärischen Manövern, die unter Beteiligung anderer Länder wie der USA in der Türkei stattfinden sollten, eingeladen (vgl. *CBS News*, 10. November 2009). Laut Medienberichten kommentierte Erdoğan diesen Umstand mit der Aussage, er wolle nicht, dass der türkische Luftraum von israelischen Kampffjets durchflogen werde, die zuvor unschuldige Zivilisten in Gaza getötet hätten. Die israelische mediale Vergeltung erfolgte im Januar 2010 als Vize-Außenminister Danny Ajalon den türkischen

Botschafter vor laufenden Kameras demütigte, was eine kurzweilige diplomatische Krise zwischen den beiden Ländern vom Zaun brach – die Krise wurde überwunden, als sich Israel ein paar Tage später offiziell für das undiplomatische Benehmen seines zweithöchsten Diplomaten entschuldigte (vgl. *Spiegel Online*, 13. Januar 2010). Im Mai 2010 folgte jedoch die nächste, weit schwerwiegendere, Krise, als bei der Stürmung einer Hilfsflotte für Gaza durch israelische Soldaten neun Türken (davon einer mit US-Staatsbürgerschaft) erschossen wurden. Daraufhin wurde der türkische Botschafter zurückbeordert. Später wurden auch alle militärischen Abkommen suspendiert und relevante Projekte eingefroren (vgl. auch Außenministerium der Türkei o.J.). Ein erster Schritt in Richtung Normalisierung der Beziehungen wurde erst mit der offiziellen Entschuldigung der israelischen Seite im März 2013 gesetzt.

Auf der anderen Seite haben Griechenland, Zypern und Israel ihre Kooperation ausgebaut (vgl. zum Folgenden Seufert 2012, 3; ICG 2012, 3). Zum einen ist festzuhalten, dass Israel Anteile an der US-amerikanischen Firma *Noble Energy* hält, die Bohrungen sowohl für Israel als auch für Zypern durchführt. Zum anderen hat Noble Energy 30% ihrer in der Parzelle 12 (*Aphrodite*) erworbenen Rechte an die israelischen Firmen *Delek Drilling* und *Avner Oil* überschrieben. Beide Länder haben zudem Verträge über eine Zusammenarbeit bei der Ausbeutung der Gasreserven sowie bei der Sicherung der Felder abgeschlossen. Auch eine Kooperation beim Export der geförderten Gasmengen wird angedacht. Seufert verweist zudem auf Medienberichte (2012, 3), wonach beide Länder auch militärisch kooperieren wollten und über die Errichtung einer israelischen Luftwaffenbasis auf der Insel verhandelten. Israel habe den griechisch-zypriotischen Luftraum bereits im Oktober 2011 für Manöver genutzt, fügt Seufert hinzu. Ähnlich habe Israel genauso mit Griechenland einen Vertrag über die Zusammenarbeit in militärischen Belangen abgeschlossen. Beide Länder führten außerdem gemeinsam mit den USA im Frühjahr 2012 Militärmanöver im Mittelmeer durch, bei dem, nach Angaben von Seufert (vgl. Ebd.), „unter anderem der Schutz von Bohrsinseln geprobt wurde und das offensichtlich darauf ausgerichtet war, der Türkei die Grenzen ihres Einflusses im östlichen Mittelmeer aufzuzeigen“.

Die International Crisis Group (ICG) macht darauf aufmerksam, dass einer Annäherung zwischen der Republik Zypern und Israel Grenzen gesetzt sind (2012, 7). Zum einen könne

die israelische Unterstützung für die griechischen Zyprioten schwinden, sollten sich die Beziehungen zur Türkei verbessern. Zum anderen seien die griechischen Zyprioten darauf bedacht, mit Israel nicht zu eng zusammenzuarbeiten, weil sie befürchteten, dies könnte zu einer Anerkennung der TRNZ durch arabische Staaten führen. An dieser Stelle gilt festzuhalten, dass die Türkei im Rahmen der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) ohnehin eine Aufwertung des Status der zypriotischen Türken erreicht hat. Seufert (2012, 5-7) verweist in diesem Zusammenhang z.B. auf einen Ausbau der Beziehungen zwischen der OIC und TRNZ sowie auf eine wachsende Zahl von TRNZ-Vertretungen in OIC-Ländern. Wenngleich die OIC-Länder (abgesehen von der Türkei) die TRNZ nicht anerkannt haben, so wird die TRNZ seit 2004 mit dem Namen „Türkisch-Zyprischer Staat“ – eine Bezeichnung aus dem Annan-Plan – geführt.

Was die künftigen Einnahmen aus dem Verkauf des geförderten Gases anbelangt, so hat der ehemalige griechisch-zypriotische Präsident Christofias in Aussicht gestellt, dass auch die Inseltürken hiervon profitieren bzw. ihren Anteil erhalten werden – wie dies jedoch im Detail geregelt werden wird, ist nicht bekannt. Auf der anderen Seite haben die Türken zwei Vorschläge unterbreitet: Die erste Option ist, dass beide Seiten die Suche nach Öl- und Gas aussetzen – also „suspension for suspension“. Alternativ hierzu hat die türkische Seite die Gründung eines gemeinsamen Komitees mit Beteiligung der UN vorgeschlagen, das Lizenzen vergeben, Verträge abschließen und die Einnahmen verwalten soll (vgl. zum Folgenden ICG 2012, 4). Nach türkisch-zypriotischer Auffassung könnte der den Inseltürken zustehende Anteil an den Einnahmen auch zur Lösung der Eigentumsfrage genutzt werden, d.h. als Entschädigung an griechische Zyprioten mit Eigentum bzw. Liegenschaften in Nordzypern ausbezahlt werden. Die türkischen Zyprioten gaben an, dass die griechische Seite negativ auf diesen Vorschlag reagiert hätten, während die Inselgriechen festhielten, sie hätten den Vorschlag zwar nicht abgelehnt, es sei jedoch zu früh, um über eine Aufteilung der Erlöse zu sprechen, da es noch lange Zeit dauern werde, bis diese erwirtschaftet sein würden.

Die griechisch-zypriotische Seite hat indes Anfang 2013 weitere Lizenzen für die Suche nach Öl und Gas erteilt (vgl. *Cyprus Mail*, 5. Februar 2013). So ergingen Lizenzen für Bohrungen in drei Parzellen (2, 3 und 9) an ein Konsortium aus dem italienischen ENI und dem südkoreanischen Kogas, während das französische Unternehmen Total SA die Lizenz für

Bohrungen in zwei weiteren Parzellen (10 und 11) erhielt. Auf der anderen Seite hat die TPAO im April 2012 mit Explorationsbohrungen im türkischen Teil der Insel begonnen (vgl. Paul 2012; ICG 2012, 6). Hier kam es offenbar zu einem Rollentausch; diesmal war es der türkisch-zypriotische Präsident Derviş Eroğlu, der den griechischen Zyprioten in Aussicht stellte, dass allfällige Erlöse geteilt werden würden, während die griechische Seite die Bohrungen als einen Beweis für den mangelnden Willen zur Lösung des Konfliktes auf der türkischen Seite bezeichnete. Die Türken halten an der Drohung fest, dass die TPAO auch südlich der Insel Bohrungen vornehmen wird, so auch in der Parzelle 12, sollten die griechischen Zyprioten die oben genannten Vorschläge der türkischen Seite nicht akzeptieren (ICG 2012, 6).

Für den Export des geförderten Gases werden vier Alternativen diskutiert (vgl. Seufert 2012, 8): Eine Möglichkeit wäre der Bau einer Untersee-Pipeline nach Rhodos. Aufgrund der Entfernung sowie der Meerestiefe ist dieses Vorhaben jedoch (auch aufgrund der seismischen Aktivität in dem Gebiet) technisch schwierig umzusetzen und finanziell aufwendig. Außerdem müsste, so Pericleous (2012, 104), ein Einvernehmen mit der Türkei erzielt werden, da die Pipeline die EEZ der Türkei durchqueren müsse. Auch die Verflüssigung des Gases (LNG) und der Transport per Schiff wären zwar möglich, aber weniger rentabel¹¹ und langwieriger in der Umsetzung.¹² Hierbei bestünde der Vorteil aber darin, dass das Gas auch in andere Teile der Welt verbracht werden könnte. Eine weitere Pipeline-Variante wäre die Anbindung an die *Arab Gas Pipeline*, die Ägypten, Israel, Libanon und Syrien verbindet und in Zukunft bis in die Türkei führen soll. Vor allem Sicherheitsbedenken sprechen gegen diese Variante. Die günstigste und einfachste Variante wäre der Bau einer Pipeline zur Verbringung des Gases in die Türkei und von hier aus auf die europäischen Märkte. In solch einem Fall würden die Kosten schätzungsweise 10% jener Investitionen betragen, die für den Bau einer LNG-Anlage notwendig wären (ICG 2012, 15). Gegen diese Variante sprechen natürlich die politischen Gegebenheiten. Aus heutiger Warte scheint die Republik Zypern den Bau einer LNG-Anlage zu favorisieren, sofern die tatsächlich

¹¹ Investitionen in Höhe von €10 Mrd. würden benötigt werden (ICG 2012, 14) .

¹² Auch hier müsste eine Pipeline vom Gasfeld bis zur Anlage auf dem Festland gelegt werden (ICG 2012, 14). Eine Offshore-Anlage wäre auch technisch möglich.

vorhandenen Gasreserven solch eine Investition rechtfertigen sollten (*Cyprus Mail*, 5. Juni 2013).¹³

Es ist offensichtlich, dass alle beteiligten Länder versuchen werden, ihren Anteil an den Ressourcen im Mittelmeer zu sichern. Dass dies nicht immer konfliktfrei verlaufen wird, haben die oben geschilderten Ereignisse seit 2007 gezeigt. Sowohl die Zyprioten als auch die Türken dürften dabei auch die Erfahrungen aus den 1970er und 1980er Jahren in Erinnerung haben, als ähnliche Konflikte in der Ägäis, Griechenland und die Türkei mehr als nur einmal an den Rand des Krieges brachten (vgl. Akbulut 2005, 98-99). Man kann vermuten, dass die Entscheidung, eine US-amerikanische Firma mit der Suche nach Reserven zu beauftragen auch unter Bedachtnahme auf die Eventualität einer Eskalation mit der Türkei gefallen sein dürfte. Die griechischen Zyprioten wollen in solch einem Fall die US-Amerikaner offenbar auf ihrer Seite wissen. Schließlich stellte der griechisch-zypriotische Industrieminister angesichts der Proteste der Türkei über die Vergabe von Explorationslizenzen die Frage, was denn die Türkei tun wolle und ob sie etwa US-amerikanische Forschungsschiffe anzugreifen gedenke. Er fügte hinzu, dass die Republik Zypern unter diesen Umständen die Verhandlungen zwischen der Union und der Türkei in der Energiefrage weiterhin blockieren werde (vgl. *EurActiv*, 11. Juni 2009).

Auf der anderen Seite bieten die Funde im Mittelmeer natürlich auch Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der Republik Zypern. Wie oben angeführt, bestünde die einfachste und günstige Variante zum Transport griechisch-zypriotischen Gases nach Europa über eine Pipeline-Verbindung mit der Türkei. Die Türkei ihrerseits ist natürlich an der Diversifizierung ihrer Bezugsquellen sowie am Ausbau ihrer Rolle als Energiedrehscheibe und –transitroute interessiert – hierzu könnte also auch griechisch-zypriotisches Gas beitragen. Laut Murat Yetkin (2013) habe der türkische Energieminister zu verstehen gegeben, dass griechisch-zypriotisches Gas noch vor der Realisierung einer umfassenden Lösung auf der Mittelmeerinsel über die Türkei nach Europa fließen könnte – jedoch müsse dafür die griechische Seite den türkischen Zyprioten den ihnen zustehenden

¹³ In diesem Zusammenhang ist auf die Feststellung der ICG (2012, 8-9) hinzuweisen, dass die Gasvorkommen in der Parzelle 12 aufgrund der zu erwartenden jährlichen Fördermenge (10 Mrd. m³) im Hinblick auf die Diversifizierung von Bezugsquellen der EU kaum von Bedeutung sein werden. Viel bedeutender seien in diesem Zusammenhang die Gasreserven von Aserbaidschan und Turkmenistan.

Anteil zugestehen bzw. abgeben. Damit kann der Vorschlag derzeit von vornherein ausgeschlossen werden.

Aktuelle Entwicklungen, abschließende Bewertung und Ausblick

Im Februar 2013 fanden in der Republik Zypern Präsidentschaftswahlen statt, aus denen Nikos Anastasiades als Sieger hervorging. Die türkische Seite reagierte positiv auf seine Wahl, da dieser schließlich 2004 den Annan-Plan unterstützt hatte. Die ersten Aussagen bzw. Amtshandlungen von Anastasiades als Präsident lassen jedoch zumindest vorerst keine Hoffnung aufkommen, dass er frischen Wind in die Verhandlungen bringen könnte. Ganz im Gegenteil hat er zu verstehen gegeben, dass er die Verhandlungen nicht an dem Punkt fortführen werde, an dem sein Vorgänger im Amt Christofias und Eroğlu aufgehört hatten. Nach einem Treffen mit dem Sonderberater des UN-Generalsekretärs für Zypern, Alexander Downer, hielt Anastasiades darüber hinaus fest, dass er gegenüber Downer klargestellt habe, dass „any proposals tabled by the Greek Cypriot side but rejected by the majority of political forces and people in no way bind me and are discarded“ (zitiert in *Cyprus Mail*, 29. Mai 2013). Downer hatte zuvor beiden Seiten ein Dokument übergeben, in dem die zwischen 2008 und 2012 erzielten Annäherungen (*convergences*) festgehalten wurden. Somit scheint auch Anastasiades das für die Zyperngespräche charakteristische Prinzip, wonach nichts als vereinbart gilt, solange keine Einigung in allen Punkten erzielt wurde, verinnerlicht bzw. übernommen zu haben.

Anastasiades möchte zum jetzigen Zeitpunkt auch jegliche Verhandlungen vermeiden, was sogar die Ausrichtung eines gemeinsamen Dinners für ihn, Eroğlu, Downer sowie ihre Gattinnen im Haus der UN-Sondergesandten auf der Insel, Lisa Buttenheim, „verkomplizierte“ (vgl. *Cyprus Mail*, 18. Mai 2013, 29. Mai 2013). Dieses Treffen sollte lediglich einen „sozialen“ Charakter haben und war nicht als eine erste Verhandlungsrunde angedacht. Anastasiades soll sich in diesem Zusammenhang aber Mitte Mai (2013) beim UN-Generalsekretär über den Sonderberater Downer beschwert haben, da dieser vorab versucht habe, das Treffen entgegen anderweitiger Zusicherungen zu „politisieren“ (vgl. Ebd.). Darüber hinaus soll Anastasiades eine persönliche Zusicherung des Generalsekretärs verlangt haben, dass bei diesem Treffen keine politischen Inhalte angeschnitten werden würden.

Später erklärte der griechisch-zypriotische Regierungssprecher, Christos Stylianides, dass die UN auf die Bedenken von Anastasiades reagiert habe, womit einer Teilnahme von Anastasiades am Dinner nichts mehr im Wege stand (*Cyprus Mail*, 25. Mai 2013). Dieses ging letztendlich ohne diplomatische Zwischenfälle am 30. Mai 2013 über die Bühne.¹⁴

Insgesamt erscheint der Wunschkandidat der türkischen Seite bei den griechisch-zypriotischen Präsidentschaftswahlen im Februar 2013 in den ersten Monaten seiner Amtszeit weniger kompromissbereit als noch während des Referendums 2004. Es hatte jedoch auch vorab Stimmen gegeben, die vor zu viel Optimismus warnten, sollte Anastasiades gewählt werden. So machte z.B. Amanda Paul in einer Kolumne in *Today's Zaman* (vgl. zum Folgenden Paul 2013) darauf aufmerksam, dass der Zugang von Anastasiades zur Zypernfrage inzwischen „nuancierter“ sei und seine Partei DISY (Demokratische Sammlung) eine Reihe von Hardlinern in ihre Reihen aufgenommen habe. Zudem müsse er mit DIKO (Demokratische Partei) koalieren, die traditionell härtere Positionen vertrete und klare rote Linien in Fragen betreffend die Stellung von Zuwanderern aus der Türkei, die Eigentumsfrage, die Aufteilung des Territoriums und die Sicherheit definiert habe. Darüber hinaus müsse sich Anastasiades prioritär den wirtschaftlichen Problemen des Landes widmen, was wiederum die konstruktive Zusammenarbeit der DIKO erfordere. Ähnlich wurde auch auf der Insel spekuliert, ob der Umstand, dass sich Anastasiades unversöhnlich zeige und Downer gegenüber undiplomatisch aufgetreten sei, als eine Geste gegenüber dem Koalitionspartner DIKO, der Downer zur „persona non grata“ erklärt habe, interpretiert werden könne (vgl. *Cyprus Mail*, 31. Mai 2013). Die Opposition übe zudem Druck auf den Präsidenten aus, sich nicht auf einen Verhandlungsprozess oder zeitlichen Fahrplan festnageln zu lassen, da die internationale Gemeinschaft darauf bedacht sei, die Finanzkrise dazu zu nutzen, den geschwächten griechischen Zyprioten Zugeständnisse abzurufen und so eine Lösung in der Zypernfrage herbeizuführen (vgl. Ebd.).

In der Tat ist die aktuelle Lage aus der Sicht von Anastasiades für Verhandlungen sehr ungünstig. Das Land macht eine schwere Finanz- und Wirtschaftskrise durch und musste im Gegenzug für ein Hilfspaket in der Höhe von bis zu € 10 Mrd. Euro drastischen Maßnahmen

¹⁴ Laut Zeitungsberichten (siehe *Cyprus Mail*, 25. Mai 2013) war das Dinner für den 29. Mai 2013 vorgesehen. Es wurde jedoch um einen Tag verschoben, als der griechisch-zypriotischen Seite bewusst wurde, dass sich an diesem Tag der Fall Konstantinopels im Jahr 1453 verjährt.

zustimmen. So wurde die zweitgrößte Bank des Landes, die *Laiki Bank*, abgewickelt,¹⁵ während das größte Geldinstitut, die *Bank of Cyprus*, neu strukturiert werden soll. Die Regierung musste zudem eine Abgabe von bis zu 60% auf ungesicherte Einlagen über 100.000 Euro einführen (vgl. *Handelsblatt*, 15. Mai 2013). Um eine Kapitalflucht zu verhindern, wurden Einschränkungen beim Kapitalverkehr eingeführt, die zum Teil immer noch in Kraft sind.¹⁶ Diese Maßnahmen haben jedoch die Realwirtschaft weiter unter Druck gesetzt. Das Finanzministerium des Landes geht davon aus, dass die griechisch-zypriotische Wirtschaft in diesem Jahr um 8,7 % und 2014 um 3,9% schrumpfen wird. Ein Wachstum wird erst ab 2015 erwartet (*Cyprus Mail*, 5. Juni 2013).

Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise des Landes hat Anastasiades, der trotz anderweitiger Zusicherungen Abgaben auf Einlagen akzeptieren musste (vgl. *Cyprus Mail*, 16. Juni 2013), die UN darüber informiert, dass die Verhandlungen in den Herbst verschoben werden müssten, damit er sich zur Gänze der Wirtschafts- und Finanzkrise des Landes widmen könne (*Cyprus Mail*, 18. Mai 2013). Dabei hatte Alexander Downer nach einem Besuch bei Anastasiades im März 2013 die Hoffnung geäußert, dass die interkommunalen Gespräche zur Wiedervereinigung Zyperns vorzugsweise nach einem Abschluss der Verhandlungen zwischen der Republik und der Troika – bestehend aus der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) – wiederaufgenommen werden könnten. Es ist jedoch zu bezweifeln, ob sich die Lage bis dahin stabilisiert und der Herbsttermin eingehalten werden kann. Schließlich hat sich Anastasiades Anfang Juni mit einem Brief an die Troika gewandt, um eine Lockerung der Auflagen gebeten und vor einem Kollaps des Bankensystems gewarnt (*Cyprus Mail*, 16. Juni 2013). Es ist durchaus wahrscheinlich, dass die Aufmerksamkeit der griechischen Zyprioten auch im Herbst voll und ganz den finanziellen Herausforderungen gelten wird. Ob ein griechisch-zypriotischer Verhandler auf der Basis einer solchen Ausgangslage bei den Verhandlungen überhaupt einen Handlungsspielraum haben kann, ist wohl mehr als fraglich.

Auf der anderen Seite wird dieser griechisch-zypriotische Verhandler (der noch zu ernennen sein wird) auf Derviş Eroğlu treffen, der, wie zuvor festgehalten, offen eine

¹⁵ Nach Angaben der *Cyprus Mail* (16. Juni 2013) wurde die Rückzahlung von € 9,5 Mrd. an Liquiditätshilfe, die die *Laiki Bank* von der EZB bekommen hatte, der *Bank of Cyprus* aufgetragen.

¹⁶ Zypern hat sich zur Durchführung weiterer Reformen verpflichtet. So sollen beispielsweise Steuern erhöht und Privatisierungen vorgenommen werden (vgl. *Handelsblatt*, 15. Mai 2013).

Zweistaatenlösung favorisiert und mehrmals festgehalten hat, dass er nicht zur Aufgabe der TRNZ bereit ist. Er hatte, ähnlich wie Anastasiades heute, bei seiner Amtsübernahme seinem Vorgänger Talat vorgeworfen, zu viele Konzessionen gemacht zu haben, und klargestellt, dass er erneut alles zum Gegenstand von „Diskussionen“ machen werde – wenngleich er wohl auch aufgrund des Drucks aus Ankara ankündigte, die Gespräche an dem Punkt weiterzuführen, wo Talat und Christofias aufgehört hatten. Während der Verhandlungen zeigte sich Eroğlu zeitweise frustriert und hielt fest, dass er nicht mehr an eine Lösung, die von beiden Seiten akzeptiert werden könne, glaube (vgl. Morelli 2013, 18). Auch in einem Interview gegenüber der ICG (2012, 1) gab er an, dass beide Seiten von einer Lösung weit entfernt seien und die griechischen Zyprioten nichts unterschreiben würden. Er fügte hinzu, dass „[a]fter 40-50 years, there’s nothing that hasn’t been discussed. There’s now a reality here [of two states]“. Ähnlich stellte der damalige Sonderbeauftragte von Eroğlu für die Verhandlungen, Kudret Özersay, fest, dass sie „have tried mediation, arbitration, special representatives, working breakfasts, leaders’ retreats, leaders from the right, left in every combination. This was the failure of the last method that we had left to try. After 40 years, if we can’t establish a settlement like this, [we’re stuck] ... this exhaustion should be declared by the UN“ (vgl. Ebd.). Wenn also die türkische Seite heute auf eine baldige Wiederaufnahme der Verhandlungen drängt, dann dürfte dies nicht aus einer Erwartungshaltung, dass eine umfassende Lösung in greifbarer Nähe ist, herrühren. Zudem haben die türkischen Zyprioten ihrerseits mit politischen Grabenkämpfen und Krisen zu kämpfen. Die Regierung der TRNZ wurde Anfang Juni 2013 mit einem Misstrauensvotum zu Fall gebracht (*Hürriyet*, 05. Juni 2013).¹⁷ Es war zuvor beschlossen worden, am 28. Juli 2013 vorgezogene Parlamentswahlen abzuhalten (*Kıbrıs Gazetesi*, 31. Mai 2013).

An dieser Stelle stellt sich die Frage, welche Präferenzen die beiden Volksgruppen auf der Insel – jenseits der politischen Eliten – im Hinblick auf die Zukunft und auf die diskutierten Lösungsmodelle haben. Zur Beantwortung dieser Frage kann auf die Ergebnisse einer 2010 durchgeführten Erhebung mit dem Titel „Cyprus 2015“ zurückgegriffen werden (vgl. zum Folgenden Sözen 2012, 114ff.). Die Ergebnisse dieser Meinungsumfrage spiegeln wohl das Schicksal der seit Jahrzehnten mit Unterbrechungen geführten Verhandlungen wider:

¹⁷ Der Misstrauensantrag konnte deshalb eine Mehrheit finden, weil innerparteiliche Differenzen zur Abspaltung von acht Abgeordneten von der regierenden Partei der Nationalen Einheit (UBP) geführt hatten. Diese schlossen sich sodann der oppositionellen Demokratischen Partei (DP) an.

Grundsätzlich wird eine umfassende Lösung befürwortet, wenngleich die Mehrheit auf beiden Seiten im Jahr 2010 nicht daran glaubte, dass die Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden könnten. Das Modell einer bizonalen und bikommunalen Föderation, das seit Ende der 1970er Jahre die Grundlage für die Verhandlungen bildet, stellt jedoch nicht die erste Präferenz¹⁸ der beiden Gemeinschaften dar. Vielmehr ist es die weit weniger attraktivere zweitbeste Option bzw. das bessere Übel, wenn es mit den Alternativen, vor allem mit der Beibehaltung des Status quo, verglichen wird. Weiter erschwert wird die Lage jedoch dadurch, dass beide Gemeinschaften das Modell eines bikommunal und bizonal ausgestalteten wiedervereinten Zyperns unterschiedlich interpretieren bzw. mit unterschiedlichen Inhalten füllen. Wird dieser Umstand mitberücksichtigt, wird das für die Verhandlungen vorgegebene Endziel für beide Seiten wesentlich unattraktiver. Für die griechische Seite wäre ein Modell nach türkischen Vorstellungen – also eine Föderation unter Beibehaltung des Garantievertrags, mit Einschränkungen in Fragen der Niederlassungsfreiheit und des Eigentums ein schlechterer Ausgang (72% Ablehnung) als die Beibehaltung des Status quo (62% Ablehnung). Ähnlich verhält es sich auf der türkischen Seite, wo eine Föderation nach griechischen Vorstellungen – mit einer uneingeschränkten Niederlassungsfreiheit und ohne Einschränkungen beim Eigentumserwerb und inklusive einer Annullierung des Garantievertrages) weniger Zustimmung findet als die Fortführung des Status quo (53% vs. 64%).

Vor dem hier skizzierten Hintergrund lässt sich festhalten, dass es keine Indizien dafür gibt, als könne es demnächst zu einer Wiedervereinigung auf Zypern kommen. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass es beiden Seiten gelingen wird, bei der nächsten Runde der Verhandlungen zu einer umfassenden Gesamtlösung zu gelangen. Angesichts der oben skizzierten Umfrageergebnisse stellt sich zudem die Frage, ob und wie eine eventuelle Kompromisslösung beiden Volksgruppen schmackhaft gemacht werden könnte, da sie in letzter Instanz jegliche Übereinkunft absegnen müssen. Deshalb könnte eine Strategie des Inkrementalismus, die parallel zu den Verhandlungen über ein Gesamtpaket verfolgt werden könnte, mehr Aussicht auf Erfolg haben. Langfristig könnten schrittweise Erfolge und ein

¹⁸ Die überwältigende Mehrheit der Inselgriechen spricht sich für einen einheitlichen, gemeinsamen Staat mit einer Zentralregierung für die gesamte Insel aus (vgl. Sözen 2012, 114ff.). Die Ablehnung gegenüber einer Zweistaatenlösung und einer Konföderation von zwei souveränen Staaten ist mit je 79% und 77% sehr hoch und eindeutig. Für die Inseltürken ist hingegen das Zweistaatenmodell das Wunschergebnis, während das von der griechischen Seite favorisierte Lösungsmodell von 60% der türkischen Zyprioten abgelehnt wird.

damit einhergehender Vertrauensgewinn auch zur Findung einer umfassenden Gesamtlösung in der einen oder anderen Form beitragen (für eine ähnliche Sichtweise siehe ICG 2011). Solch ein Ansatz wäre auch nicht neu – wie oben geschildert gab es unterschiedliche Ansätze und Vorschläge, um auf der einen Seite die Türkei zur Öffnung ihrer Häfen und Flughäfen für griechisch-zypriotische Schiffe zu bewegen, und auf der anderen Seite die griechischen Zyprioten dazu zu bringen, einen Direkthandel der Inseltürken mit der EU zu akzeptieren.

Griechisch-zypriotischen Zeitungen zufolge, setzt auch Anastasiades auf die Umsetzung von vertrauensbildenden Maßnahmen (CBMs), um ein günstiges Umfeld für die Verhandlungen zu kreieren (vgl. *Cyprus Mail*, 06. Juni 2013). So hat die griechisch-zypriotische Seite die UN informiert, dass der Hafen von Gazimağusa/Famagusta für den Direkthandel zwischen der EU und den türkischen Zyprioten unter EU-Kontrolle geöffnet werden könne, sollte die türkische Seite Maraş/Varosha zurückgeben (*Greek News*, 15. Mai 2013). Die Türkei hatte dies jedoch früher schon abgelehnt. In der griechisch-zypriotischen Presse (siehe z.B. *Cyprus Mail*, 06. Juni 2013) wurde aber Anfang Juni 2013 unter Berufung auf den Außenminister des Landes berichtet, dass ein neuer Vorschlag vorliege, wonach im Gegenzug zur Öffnung von Maraş/Varosha für die rechtmäßigen Bewohner/Besitzer, internationale Flüge über den Flughafen Ercan/Tymbou im türkischen Teil zugelassen werden sollen (vgl. auch *Kıbrıs Gazetesi*, 03. Juni 2013; *Cyprus Mail*, 06. Juni 2013). Während der Sprecher von Eroğlu einen solchen Deal ausgeschlossen und gesagt hat, dass Maraş/Varosha nur Teil einer Gesamtlösung sein kann, könnte der Vorschlag unter gewissen Bedingungen auf die Akzeptanz der Türkei stoßen.¹⁹ Es war Anfang Juni 2013 noch nicht klar, ob die griechische Seite in diesem Fall tatsächlich lediglich eine Öffnung verlangte oder hier eine Rückgabe impliziert hat.

¹⁹ Eine Öffnung von Maraş/Varosha unter türkischer Kontrolle mit UN-Beteiligung wäre durchaus denkbar, da ein ähnlicher Vorschlag 2010 von den Türken selbst vorgebracht worden war (ICG 2011, 12). Eine Rückgabe hingegen wird in diesem Stadium von der Türkei sehr wahrscheinlich abgelehnt werden. Die griechischen Zyprioten auf der anderen Seite wollen die rechtlichen Aspekte prüfen und sicherstellen, dass eine Zulassung von Flügen über Ercan/Tymbou nicht als ein Akt der Anerkennung interpretiert werden würde (vgl. *Cyprus Mail*, 06. Juni 2013). Hier könnte die von der ICG (2011, 13) vorgeschlagene Methode, wonach der Flughafen unter EU-Aufsicht operieren könnte, einen Ausweg bieten.

Beide Vorschläge haben – für sich allein betrachtet – wenig Aussicht auf Erfolg. In Kombination²⁰ könnten sie jedoch einen Durchbruch darstellen. Schließlich wären damit die türkischen Forderungen für eine Öffnung türkischer Häfen und Flughäfen für griechisch-zypriotische Flughäfen und Häfen erfüllt. In weiterer Konsequenz könnte die EU die suspendierten Kapitel für Verhandlungen freigeben. Gleichzeitig könnten griechische Zyprioten nach Maraş/Varosha zurückkehren. Trotzdem muss gesagt sein, dass dieses ein für Zypern zu optimistisches Szenario sein könnte. Ob Anastasiades in der schwierigen Lage, in der er sich befindet, solche Schritte wagen und tatsächlich durchsetzen kann, ist fraglich.

Als positiv könnte jedenfalls der Umstand gewertet werden, dass die USA angekündigt haben, sich in der Frage Zyperns nun wieder stärker einzubringen (*Kıbrıs Gazetesi*, 03. Juni 2013). Die oben geschilderten Ereignisse dürften gezeigt haben, dass der Disput über die Absteckung der EEZs und der Aufteilung der Erdgasreserven die Region weiter destabilisieren könnte, wobei sich zwei wichtige US-Verbündete, nämlich die Türkei und Israel, auf unterschiedlichen Seiten wiederfänden. Die USA haben bereits zwischen Israel und der Türkei vermittelt und zur Einleitung eines Normalisierungsprozesses in ihren bilateralen Beziehungen beigetragen. Sie könnten versuchen, auch in der Zypernfrage inklusive des Energieaspekts ihren Einfluss zum Tragen zu bringen – zumal in der Region eine mehrheitlich US-amerikanische Firma operiert. Dies bedeutet natürlich nicht, dass eine Einbindung der USA schnell und zuverlässig zur Lösung des Zyperndisputs führen würde. Ein stärkeres US-Engagement könnte dennoch zumindest stabilisierend wirken und für die Findung einer Verhandlungslösung förderlich sein.

Abschließend kann festgehalten werden, dass die Aussichten auf eine umfassende Lösung des Zyperndisputs aus heutiger Sicht sehr schlecht stehen. Sollte die Strategie des Inkrementalismus nicht weiter verfolgt werden bzw. auch erfolglos bleiben, so wird das Zypernproblem weiterhin die größte Hürde auf dem Weg der Türkei in die EU darstellen. Ein türkischer EU-Beitritt, fraglos ein Langzeitprojekt (wenn überhaupt), ist nicht ohne die Zustimmung Nikosias zu realisieren. Dies ist auf den Umstand zurückzuführen, dass die EU mit der Aufnahme der Republik Zypern in die Union jegliches Druckmittel aus der Hand gegeben und hingenommen hat, dass aus den Problemen zwischen zwei Beitrittskandidaten

²⁰ Sofern diese Lösungsansätze tatsächlich diskutiert wurden bzw. diskutiert werden, so sind sie fast ident mit den von der ICG im Jahr 2011 gemachten Vorschlägen (siehe ICG 2011, 1).

ein EU-Türkei-Problem wurde; ähnlich wie dies bereits vor Dekaden bei der Aufnahme Griechenlands schon der Fall gewesen war. Einerseits ergeben sich daraus gewisse Eigentümlichkeiten, wie z.B. der Umstand, dass EU-Territorium de facto unter der Besatzung der Armee eines Beitrittskandidaten steht, oder dass ein Beitrittskandidat ein Mitgliedsland nicht anerkennt. Zudem behindert der Zyperndisput die Zusammenarbeit der EU mit der NATO. Andererseits könnten aber all diese negativen Implikationen für EU-Mitgliedsländer, die eine Aufnahme der Türkei (trotz des Kandidatenstatus) ablehnen bzw. dieser skeptisch gegenüber stehen, einen durchaus annehmbaren Preis darstellen.

Literatur

Akbulut, Hakan (2005): NATO's Feuding Members. The Cases of Greece and Turkey. Frankfurt/Main (u.a.): Peter Lang. (= Internationale Sicherheit. 5.)

Akgün, Mensur et al. (2005): Quo Vadis Cyprus. A TESEV Working Paper. April 2005.
[http://www.internal-displacement.org/8025708F004CE90B/%28httpDocuments%29/0AAF45F127BC77E2C125723C004B3B3B/\\$file/TESEV+--+Quo+Vadis+Cyprus.pdf](http://www.internal-displacement.org/8025708F004CE90B/%28httpDocuments%29/0AAF45F127BC77E2C125723C004B3B3B/$file/TESEV+--+Quo+Vadis+Cyprus.pdf) [Zugriff: 03. September 2011].

Arısan Eralp, Nilgün (2010): Direct Trade Regulation: An Exit Strategy for All Parties? TEPAV Policy Note. June 2010. http://www.tepav.org.tr/upload/files/1276179431-4.Direct_Trade_Regulation.pdf [Zugriff: 03. August 2011].

Außenministerium der Republik Zypern [Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Cyprus] [o.J.]: Statement read out by Under-Secretary-General Ibrahim Gambari following the meeting with H.E. Tassos Papadopoulos and H.E. Mehmet Ali Talat on 8 July 2006. [http://www.mfa.gov.cy/mfa/mfa2006.nsf/All/B26E0BC08EE60421C225721B0033CFB0/\\$file/08.07.2006.pdf](http://www.mfa.gov.cy/mfa/mfa2006.nsf/All/B26E0BC08EE60421C225721B0033CFB0/$file/08.07.2006.pdf) [Zugriff: 10. Februar 2010].

Außenministerium der Türkei [o.J.]: Israil. <http://www.mfa.gov.tr/sub.tr.mfa?f4bef45a-02f8-479f-aa30-fc0ffa388c73> [Zugriff: 13. Juni 2013].

Axt, Heinz-Jürgen (1995): Zypern – ein Beitrittskandidat der Europäischen Union. Implikationen für die Insel, die Region und die Union. In: Südosteuropa, Jg. 44, Nr. 5, S. 259-279.

Axt, Heinz-Jürgen (2003): Gordischer Knoten in Kopenhagen nicht durchschlagen: Zypern, die Türkei und die EU. In: Integration, Jg. 26, Nr. 1, S. 66-77.

Axt, Heinz-Jürgen (2009): Zypern: Konfliktbeilegung durch Europäisierung? – Jüngste Erfahrungen und Perspektiven. In: Südosteuropa Mitteilungen, Jg. 49, Nr. 6, S. 49-65.

Bağcı, Hüseyin (1992) : Die Zypernpolitik der Menderes-Regierung von 1950-1960. Ein Wendepunkt in der türkischen Außenpolitik. In : *Orient*, Jg. 33, Nr. 1, S. 119-138.

Brus, Marcel et al. (2008): *A Promise to Keep: Time to End the International Isolation of the Turkish Cypriots*. Istanbul: TESEV.

Bryant, Rebecca; Hatay, Mete [o.J.]: *Suing for Sovereignty: Property, Territory, and the EU's Cyprus Problem*. <http://www.gpotcenter.org/dosyalar/PolicyBrieff.pdf> [Zugriff: 05. Februar 2010].

Clogg, Richard (2002): *A Concise History of Greece*. Cambridge: Cambridge University Press.

European Commission [o.J.]: *Turkish Cypriot Community*. http://ec.europa.eu/enlargement/turkish_cypriot_community/index_en.htm [Zugriff: 06. Februar 2010].

Evriviades, Euripides L. (2005): *Cyprus in the European Union : Prospects for Reunification, Peace with Turkey, and Regional Stability*. In: *Mediterranean Quarterly*, Jg. 16, Nr. 3, S. 1-16

Faustmann, Hubert (2009): *Die Verhandlungen zur Wiedervereinigung Zyperns: 1974-2008*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 12/2009, S. 9-13.

Fırat, Melek (2001): *Yunanistan'la İlişkiler [1945-1960]*. In: Oran, Baskın (Hrsg.): *Türk Dış Politikası. Kurtuluş Savaşından Bugüne Olgular, Belgeler, Yorumlar*. Bd. 1. İstanbul: İletişim Yayınları , S. 576-614.

Georgiou, George C. (2009): *Cyprus: Economic Consequences of Reunification*. In: *Eastern Mediterranean Quarterly*, Jg. 20, Nr. 3, S. 51-62.

Günay, Cengiz (2010): *Die Türkei als Regional Player? Studie im Auftrag des Bundeskanzleramtes*. Dezember 2010. Wien [nicht veröffentlicht].

IHS Global Insight [o.J.]: Eastern Mediterranean Oil Exploration Pits Turkey against Cyprus.
<http://www.ihsglobalinsight.com/SDA/SDADetail8345.htm> [Zugriff: 05. Februar 2010].

Ierodiakonou, Leontios (1971): *The Cyprus Question*. Stockholm: Almqvist & Wiksell.

ICG [International Crisis Group] (2008): *Cyprus: Reversing the Drift to Partition*. Europe Report Nr. 190. 10. Jänner 2008. http://www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/190_cyprus_reversing_the_drift_to_partition.pdf [Zugriff: 10. August 2011].

ICG (2009): *Cyprus: Reunification or Partition?* Europe Report Nr. 201. Nicosia, Istanbul, Brussels. 30 September 2009. http://www.crisisgroup.org/library/documents/europe/201_cyprus___reunification_or_partition.pdf [Zugriff: 05. Februar 2010].

ICG (2011): *Cyprus: Six Steps Toward a Settlement*. Policy Briefing, No. 61. Nicosia, Istanbul Brussels. 22. Februar 2011. <http://www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/turkey-cyprus/cyprus/B61%20Cyprus%20-%20Six%20Steps%20toward%20a%20Settlement.pdf> [Zugriff: 05. Juli 2011].

ICG (2012): *Aphrodite's Gift: Can Cypriot Gas Power a New Dialogue?* Europe Report, No. 216. 2. April 2012. <http://www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/turkey-cyprus/cyprus/216-aphrodites-gift-can-cypriot-gas-power-a-new-dialogue.pdf> [Zugriff: 24. Mai 2013].

Kaminars, Spiros Ch. (1999): Greece and the Middle East. In: MERIA, Jg. 3, Nr. 2.

Kaymak, Erol; Faustmann, Hubert (2009): Cyprus. In: *European Journal of Political Research*, Jg. 48, Nr.7-8, S. 925-938.

Kramer, Heinz (2000): *A Changing Turkey: The Challenge to Europe and the United States*. Washington, D.C.: Brookings.

Kramer, Heinz (2006): EU-Türkei-Beitrittsverhandlungen – nur teilweise aufgeschoben? In: Südosteuropa, Jg. 54, Nr. 4, S. 461-473.

McDonald, Robert (2001): Greek-Turkish Relations and the Cyprus Conflict. In: Keridis, Dimitris; Triantaphyllou, Dimitrios (Hg.): Greek-Turkish Relations in the Era of Globalization. Everett: Brassey's, S. 116-150.

Melakopides, Costas (2006): Implications of the Accession of Cyprus to the European Union for Greek-Turkish and Euro-Turkish Relations. In: Mediterranean Quarterly. Jg. 17, Nr. 1, S. 73-101.

Michaletos, Ioannis (2007): Eastern Mediterranean Oil Politics: The Emerging Role of Cyprus. 05. Juli 2007. <http://www.balkananalysis.com/2007/07/05/eastern-mediterranean-oil-politics-the-emerging-role-of-cyprus/> [Zugriff: 05. Februar 2010].

Morelli, Vincent (2011): Cyprus: Reunification Proving Elusive. CRS Report for Congress. 26. Juli 2011. <http://www.fas.org/sgp/crs/row/R41136.pdf> [Zugriff: 05. August 2011].

Morelli, Vincent (2013): Cyprus: Reunification Proving Elusive. CRS Report for Congress. 3. Januar 2013. <http://www.fas.org/sgp/crs/row/R41136.pdf> [Zugriff: 04. April 2013].

Paul, Amanda (2013): Cyprus: The Search for a Solution (2). In: Today's Zaman, 15. Januar 2013, <http://www.todayszaman.com/columnist-304132-cyprus-the-search-for-a-solution-2.html> [Zugriff: 30. Mai 2013].

Pericleous, Chrysostomos (2012): Cyprus: A Last Window of Opportunity? In: Insight Turkey, Jg. 14, No. 1, S. 93-108.

Pilavachi, P.A. et al. (2009): The Energy Policy of the Republic of Cyprus. In: Energy, Jg. 34, Nr. 5, S. 547-554.

Richter, Heinz A. (2009): Historische Hintergründe des Zypernkonflikts. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 12/2009, S. 3-8.

Riemer, Andrea K. (2000): Griechenland und die Türkei im neuen Millenium – Stabilisierer versus Regionalmacht. Frankfurt/Main: Peter Lang.

Seufert, Günter (2012): Die türkische Zypernpolitik im Kontext der EU-Ratspräsidentschaft Nikosias. SWP-Aktuell 38. Juli 2012. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A38_srt.pdf [Zugriff: 03. März 2013].

Skordas, Achilles (2007): *Oil Exploitation in the Eastern Mediterranean: Cyprus, Turkey and International Law*. 29. März 2007. http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?fuseaction=events.event_summary&event_id=225758 [Zugriff: 05. Februar 2010].

Sözen, Ahmet (2012): Heading Towards the Defining Moment in Cyprus: Public Opinion vs Realities on the Ground. In: Insight Turkey, Jg. 14, No. 1, S. 109-129.

Tocci, Nathalie (2010): The Baffling Short-sightedness in the EU-Turkey-Cyprus Triangle. Documenti IAI 10/21. 19. Oktober 2010. <http://www.iai.it/pdf/DocIAI/iai1021.pdf> [Zugriff: 03. August 2011].

Uslu, Nasuh (2000): *Türk Amerikan İlişkilerinde Kıbrıs*. Ankara: 21. Yüzyıl Yayınları.

Varvaroussis, Paris (1979): *Konstellationsanalyse der Außenpolitik Griechenlands und der Türkei (1974-75 seit der Invasion der Türkei in Zypern)*. München: Uni-Druck.

Woodhouse, M.C. (1982): Karamanlis: The Restorer of Greek Democracy. Oxford, New York: Clarendon Press, Oxford University Press.

Yetkin, Murat (2013): İsrail, Kıbrıs ve Kürt gaz hatlarına şartlı yeşil ışık. In: Radikal, 28. Mai 2013, http://www.radikal.com.tr/yazarlar/murat_yetkin/israil_kibris_ve_kurt_gaz_hatlarina_sartli_yesil_isik-1135228 [Zugriff: 05. Juni 2013].

Die für die Arbeit herangezogenen Online-Editionen der angegebenen Zeitungen sowie die Online-Nachrichtenportale sind abrufbar unter:

Aljazeera, <http://english.aljazeera.net/>
Anadolu News Agency, www.aa.com.tr
CBS News, <http://www.cbsnews.com>
CNNTürk, <http://www.cnnturk.com.tr>
Cyprus Mail, <http://www.cyprus-mail.com/>
Daily Star Lebanon, The, <http://www.dailystar.com.lb/#axzz2WMbwi6tM>
Deutschlandfunk, <http://www.dradio.de/>
eKathimerini, <http://www.ekathimerini.com>
EurActiv, <http://www.euractiv.com.tr>
Famagusta Gazette, <http://famagusta-gazette.com/>
Greek News, <http://www.greeknewsonline.com>
Haber KKTC, <http://www.haberkktc.com/>
Handelsblatt, <http://www.handelsblatt.com>
Hürriyet, <http://www.hurriyet.com.tr>
Hürriyet Daily News, <http://www.hurriyetdailynews.com/>
Independent, The, <http://www.independent.co.uk>
Kıbrıs Gazetesi, <http://www.kibrisgazetesi.com/>
Milliyet, <http://www.milliyet.com.tr>
Reuters, <http://www.reuters.com>
Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/>
Standard, Der, <http://www.derstandard.at>
Star Gazete, <http://www.stargazete.com/>
Times Online, <http://www.timesonline.co.uk/tol/news/>
Today's Zaman, <http://www.todayszaman.com/tz-web/>
TurkishPress.com, <http://www.turkishpress.com/>
WirtschaftsWoche, <http://www.wiwo.de/>
Yeni Şafak, <http://yenisafak.com.tr/>
Zaman, <http://www.zaman.com.tr/>